



Glaubenssachen

Sonntag, 20. März 2022, 08.40 Uhr

Noch „konservativ“ oder schon „rechts“?
Über die Pluralität des evangelischen Christentums und seine Grenzen
Von Johann Hinrich Claussen

Redaktion: Florian Breitmeier
Norddeutscher Rundfunk
Religion und Gesellschaft
Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22
30169 Hannover
Tel.: 0511/988-2395
www.ndr.de/ndrkultur

- Unkorrigiertes Manuskript -

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

„Spaltung“ ist ein bemerkenswert beliebtes Wort geworden. Sehr unterschiedliche Stimmen beklagen gegenwärtig, dass unsere Gesellschaft mehr und tiefer gespalten sei als je zuvor. Darin zeigt sich eine berechtigte Sorge. Aber war es früher besser? Da sind Zweifel angebracht. Die Älteren mögen sich an Debatten ihrer Jugendzeit über die deutsche Schuldfrage oder die Atomkraft erinnern, an das Pro und Contra zur Aufrüstung, an Wahlkämpfe mit Willy Brandt oder Franz Josef Strauß, an zu kurze Röcke bei jungen Frauen und zu lange Haare bei jungen Männern – Familien sind daran zerbrochen. Spaltung, also das Auseinanderfallen in Lager, die nicht mehr miteinander sprechen, sondern einander nur noch anbrüllen können, ist also nichts Neues, sondern eine beständige Herausforderung in modernen Gesellschaften. Mehr noch, Spaltung ist in einem gewissen Maß sogar ein Kennzeichen einer freien Gesellschaft, in der Menschen gegensätzliche Positionen einnehmen können und sich nicht in eine von oben auferlegte Einheitsmeinung fügen müssen. Insofern sind die gegenwärtig so beklagten Spaltungen auch ein Beweis dafür, dass wir eben nicht in einer Diktatur leben.

Doch wie kann man sich in einer spannungsgeladenen Demokratie trotzdem verständigen? Wie redet man miteinander über tiefe Gräben hinweg, und wo zieht man notwendige Grenzen? Das sind bedrängende Fragen für die deutsche Gesellschaft und auch für den deutschen Protestantismus. Denn dieser setzt sich aus sehr unterschiedlichen Menschen, Gruppen und Milieus zusammen, die sich immer wieder neu darüber verständigen müssen, was sie verbindet und welche Unterschiede sie ertragen – oder auch nicht. Wie notwendig, schwierig und anstrengend dies ist, zeigt sich zurzeit besonders in der Auseinandersetzung mit konservativen, rechten, rechtspopulistischen oder gar rechtsextremistischen Positionen – so die gängigsten Bezeichnungen. Auch dies ist keine neue Frage. Man erinnere sich nur an frühere Debatten um das Erbe des Nationalprotestantismus und seine Verwicklung in die NS-Diktatur. Seit gut zehn Jahren hat dieses Thema eine neue Dynamik gewonnen. Die Bestseller von Thilo Sarrazin, die Flüchtlingsfragen, die Erfolge der AfD, neuerdings die Querdenker-Bewegung haben das, was man als „rechts“ bezeichnen kann, zu einer Macht werden lassen, mit der man sich auseinandersetzen muss – auch als Protestant. Wo gilt es, sich klar abzugrenzen, antidemokratischen Tendenzen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten? Wo aber müsste man genauer zuhören und besser argumentieren? Und wo müsste man als politisch nicht-rechter Protestant neu über sich selbst nachdenken? Denn das, was einem als „rechts“ erscheint, ist nicht etwas Fremdes, sondern hat Wurzeln in der eigenen Tradition. Zudem sollte man nicht annehmen, dass man stets im Recht ist, nur weil man sich auf der moralisch richtigen Seite verortet. Es ist ja nicht auszuschließen, dass von den härtesten politischen Gegnern Probleme benannt werden, die angegangen werden müssten, für die man aber selbst noch keine Lösung hat.

Manchmal hilft es, Abstand von den Streitereien der Gegenwart zu nehmen, die Dinge grundsätzlich und aus historischer Distanz zu betrachten. Deshalb sei hier an einen der klügsten theologischen Texte zum Thema erinnert. Er stammt aus dem Jahr 1904 und trägt den Titel „Politische Ethik und Christentum“. Geschrieben hat ihn Ernst Troeltsch. Er war gewiss kein Rechter, sondern grundliberal, musste aber viele Entwicklungen durchlaufen, Fehler machen und neue Einsichten gewinnen, um nach dem Ersten Weltkrieg eine der wichtigsten protestantischen Stimmen zu werden, die

sich für die junge Demokratie einsetzen. Doch dieser Text von ihm stammt noch aus dem Kaiserreich: Deutschland war kein westlich orientiertes Land, zwar gab es starke demokratische Tendenzen in Politik, Kultur und Gesellschaft, aber noch herrschte eine autoritäre Führung und betrieb eine nationalistische Agenda. Angesichts dieser Spaltung Deutschlands in demokratische und konservative Kräfte, versuchte Troeltsch eine grundsätzliche Klärung. Er wollte beide Richtungen als mögliche Weltanschauungen, mit jeweils eigenen ethischen Prinzipien und religiösen Orientierungen ernstnehmen.

Demokratie gründet für Troeltsch auf dem Prinzip der Menschenwürde und der Menschenrechte. Deshalb setzt die demokratische Richtung sich innenpolitisch für einen liberalen Rechtsstaat und außenpolitisch für friedliche Kooperationen ein. Als Weltanschauung lebt sie aus der Grundüberzeugung eines Optimismus, der an Fortschritt glaubt und eine Ethik der allgemeinen Menschenliebe und Gerechtigkeit predigt. Dabei kann die Demokratie sich auf die Tradition protestantischer Freikirchen, ja sogar auf Jesus von Nazareth berufen. Konservatismus dagegen gründet für Troeltsch auf dem Prinzip der Autorität und der Ehrfurcht vor dem Gewordenen. Deshalb setzt er sich innenpolitisch für einen starken Staat und außenpolitisch für die Durchsetzung nationaler Interessen ein. Als Weltanschauung lebt er aus der Grundüberzeugung menschlicher Sündhaftigkeit, die Fortschrittsversprechen misstraut und eine Ergebung in die vorgegebene Ordnung predigt. Dabei kann er sich auf eine Ahnenreihe von Paulus über Augustinus zu Luther berufen.

Die Spannung zwischen liberalem Fortschritt und Konservatismus durchzieht, so Troeltsch, die gesamte Kirchengeschichte. Denn das Christentum ist nicht eindeutig, sondern birgt sowohl liberale als auch konservative Elemente in sich. Noch etwas Zweites, damit Zusammenhängendes, ist ihm wichtig:

„Eine unmittelbar und wesentlich aus den christlichen Ideen abgeleitete politische Ethik gibt es nicht. Und es hat in Wahrheit niemals eine solche gegeben. Das Christentum kann seinem ganzen Sinn und Wesen nach keine direkte politische Ethik haben. Das Evangelium enthält keine direkten politischen und sozialen Weisungen, sondern ist von Grund auf unpolitisch.“

Das Evangelium konzentriert sich auf die Seele der Gläubigen und ihre geistliche Gemeinschaft. Mit dieser These will Troeltsch allen Versuchen von links und rechts widersprechen, das Christentum für das eigene Lager in Beschlag zu haben. Dennoch betont er, dass das Christentum mit seinen unterschiedlichen, ja zum Teil gegensätzlichen Tendenzen durchaus Einfluss auf die Politik nehmen kann, jedoch in vielfältiger und indirekter Weise. Es kann die Durchsetzung der Menschenrechte und den Frieden zwischen den Nationen befördern, aber auch davor bewahren, die Erlösung in einer fortschrittlichen Politik zu suchen. Damit verbindet sich für Troeltsch eine leise Hoffnung: Wenn das Christentum zugleich fortschrittlich/liberal und konservativ ist, könnte es dann nicht dazu beitragen, dass sich beide Richtungen nicht nur bekriegen, sondern miteinander vermitteln lassen? Leider musste Troeltsch vor seinem Tod im Jahr 1923 erkennen, dass diese Hoffnung sich nicht erfüllen sollte. Von Krieg, Niederlage, Revolution und Verarmung traumatisiert und verhetzt, verweigerte

sich der deutsche Konservatismus, besonders der konservative Protestantismus, der Aufgabe, am Aufbau der Republik mitzuwirken.

Schaut man nun von Troeltschs grundsätzlichen Überlegungen aus dem Jahr 1904 wieder auf die Gegenwart, stellt sich die Frage, was seither aus dem Konservatismus geworden ist. Ist er der Demokratie noch gleichrangig oder nicht eher in ihr aufgegangen? An drei Beispielen kann man dies besonders gut diskutieren. Da ist erstens die Ökumene. Dass die Konfessionen freundschaftlich miteinander umgehen, musste gegen massive Widerstände – auch von konservativen Kräften – erkämpft werden. Dafür waren jahrzehntelange Arbeit und ungezählte Gespräche nötig. Entscheidend war dabei ein untheologischer Faktor: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland neu angesiedelt. Seither gibt es keine geschlossenen protestantischen oder katholischen Regionen mehr. Ökumene wurde zu einer lebenspraktischen Notwendigkeit. Ein zweites Beispiel ist die Zulassung von Frauen zum Pfarramt. Auch sie war jahrzehntelang ein echtes Spaltungsthema und musste von progressiven gegen konservative Kräfte erstritten werden. Heute ist die Frauenordination eine Selbstverständlichkeit, niemand will sie missen. Das dritte Beispiel ist die Auseinandersetzung mit der Shoa. Auch hier hat es lange gedauert, bis man zu einer Aufarbeitung protestantischer Judenfeindlichkeit bereit war und versucht hat, daraus Konsequenzen zu ziehen. Ökumene, Frauenordination, christlich-jüdische Verständigung also waren anfangs Anliegen aktivistisch-demokratischer Gruppen. Heute herrscht über sie im deutschen Protestantismus Konsens. Oder sollte es immer noch als „konservativ“ gelten, dagegen zu sein? Das wäre absurd. So zeigt sich an diesen Beispielen – weitere ließen sich hinzufügen –, dass das, was früher linksliberal war, heute auch von Konservativen anerkannt wird. Deshalb ist es so schwierig geworden, Konservatismus zu definieren. Er geht doch auch mit der Zeit, nur langsamer, mit Verzögerungen. Ist also „konservativ“ heute lediglich die Verteidigung dessen, was vorgestern neu war, sowie eine Zurückhaltung vor allzu selbstgewissen Fortschrittsversprechen, gemischt mit einer Prise Nostalgie und Melancholie? Das wäre nicht unsympathisch, aber weniger als das, was früher unter diesem Etikett auftrat.

Der deutsche Protestantismus hat in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Modernisierungen durchgemacht, die am Ende breite Zustimmung erfahren haben. Doch eine Minderheit hat sich ihnen verweigert. Sie ist entweder in der evangelischen Kirche geblieben, hat dort aber Parallelstrukturen aufgebaut, oder sie hat sich eine neue Heimat gesucht. Die Auseinandersetzung mit dieser vielstimmigen Minderheit ist in der evangelischen Kirche ein Dauerthema – zum einen weil sie zur Pluralität des Protestantismus gehört, zum anderen weil mit ihr gestritten werden muss. Das mag anstrengend sein, ist aber auch sinnvoll, weil es alle zu grundsätzlichen Fragen führt: Was ist christlich und protestantisch? Was sozial oder liberal? Was ist in einem guten Sinne konservativ, was aber auch mehr als dies, nämlich rechts oder gar rechtsextrem? Die letzte Frage ist besonders schwer zu beantworten. Denn das Etikett „konservativ“ wird von Feinden der offenen Gesellschaft häufig als Tarnung benutzt. Man gibt sich altbürgerlich, behauptet, nur bewahren zu wollen, hat jedoch etwas Destruktives, Umstürzlerisches im Sinn. So ist es bei der sogenannten „Neuen Rechten“, einem intellektuellen Brücken-Milieu zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, das auch protestantische Wurzeln besitzt. Sie gewinnt seit einiger

Zeit vor allem in Ostdeutschland Anhänger, ist allerdings ein Kind der alten Bundesrepublik.

Einen sehr interessanten Vorschlag zur Unterscheidung zwischen „konservativ“ und „rechts“ hat Martin Fritz von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen gemacht. Er findet sich in dem im vergangenen Jahr veröffentlichten Sammelband „Christentum von rechts“. Fritz hat Texte neu-rechter Christen analysiert und festgestellt, dass ein verbindendes Element ein bestimmter Tonfall ist:

„Er manifestiert sich in disqualifizierenden Ausdrücken, von denen etliche so regelmäßig wiederkehren, dass es sich unverkennbar um feste Topoi handelt: Man wendet sich gegen das politische, mediale oder intellektuelle ‚Establishment‘ oder die ‚Eliten‘, die an der Spitze der ‚Manipulation der Massen‘ stehen und damit wesentlich den ‚Mainstream‘ der Meinungen bestimmen. Allem Anschein nach haben wir es mit Elementen eines eingespielten Sprachcodes zu tun. Die unablässige Herabsetzung der andersdenkenden Mehrheit führt fast unweigerlich auf den Gedanken, solcher Daueraggression müssten starke Marginalisierungsgefühle zugrunde liegen, gepaart mit einem Selbstgefühl der geistigen Exzellenz, das sich mittels der fraglichen Geringschätzungsrhetorik und ihrer Losungsworte zugleich der Hochschätzung der Gleichgesinnten versichert.“

In diesem charakteristisch-aggressiven Tonfall werden aktuelle Krisenphänomene aufgerufen, ohne dass je an konstruktive Lösungen oder mögliche Kompromisse gedacht würde. Stattdessen werden polemische Abkürzungen genommen: Man begnügt sich damit, apokalyptisch-erregt den Untergang des christlichen Abendlands auszurufen und andere für schuldig zu erklären. Dabei sind die typischen Themen des „rechten Christentums“ gar nicht spezifisch „rechts“, sondern stammen aus dem Fundus altkonservativer Ideen: Es geht um Ordnung, Pflicht und Verantwortung, Heimat-verwurzelung, Selbstbehauptung und Identität. Damit können sich manchmal berechtigte Anliegen verbinden oder eine nachvollziehbare Unzufriedenheit mit der kirchlichen Kultur und Leitung. Entscheidend aber ist die Überschärfe des Tons, so der evangelische Theologe und Experte für Weltanschauungsfragen Martin Fritz:

„‚Rechtes Christentum‘ ist christlicher Konservatismus im Kulturkampfmodus. Seine mentale Grundeinstellung ist konservativ. Aber dazu kommt das depressive Bewusstsein, massiv ins Hintertreffen geraten zu sein. Und daraus entspringt die aggressive Entschlossenheit zur religiös-kulturellen Gegenoffensive. ‚Rechtes Christentum‘ ist konservatives Christentum in populistischer Verschärfung. In der Hitze der Kulturkampfsituation wird konservative Theologie zu entschieden politisierter Fronttheologie.“

Damit verändert sich aber nach Fritz auch inhaltlich Wesentliches. Die Verschärfung des Tons hat Folgen für die Substanz. Das traditionell Konservative wird radikalisiert und dabei deformiert. Aus Einsprüchen, über die man diskutieren könnte, wird die Entwertung aller anderen. Man muss nur in einschlägigen Medien der christlichen Rechten schauen, wie gegen Minderheiten gehetzt wird oder wichtige Institutionen angegriffen werden. Man begegnet hier „enterbten Konservativen“, wie der Historiker

Fritz Stern sie genannt hat, die immer weniger besitzen und beherrschen, was sie bewahren könnten, und sich deshalb in Ressentiment und Gegenwartshass flüchten. Das Konservative kippt dann ins Toxische. Ziel ist nicht mehr die Verteidigung des Traditionellen, sondern die Zerstörung des Demokratischen. Lange Zeit hat die christliche Neue Rechte ein Sonderdasein im Abseits geführt. Doch in den aufgeregten Aufspaltungen der vergangenen Jahre erreicht sie ein neues Publikum. Deshalb stellt sich für den deutschen Protestantismus eine Doppelaufgabe: Einerseits muss er dem destruktiven Scheinkonservatismus der Neuen Rechten klar entgegentreten und die Prinzipien der Demokratie in Gesellschaft und Kirche verteidigen; andererseits sollte er positiv das herausstellen, was er an traditionellen Erbstücken bewahren will. Denn allen Modernisierungen zum Trotz ist der deutsche Protestantismus immer noch sehr auf das Bewahren ausgerichtet. Die evangelische Kirche feiert Gottesdienste im Laufe des Kirchenjahres und vollzieht Rituale zu wichtigen Lebensstationen. Sie pflegt die Traditionen der geistlichen Musik und hält ihre sakralen Denkmäler in Stand. Das alles und noch manches andere ließe sich als Engagement für eine religiöse und kulturelle Ökologie bezeichnen. Doch bewahren lässt sich eine Tradition nur, indem man sie ständig vermittelt und dabei neu formt. Für diese Einsicht hat der italienische Schriftsteller Giuseppe Tomasi di Lampedusa in seinem Roman „Der Gattopardo“ eine berühmte Formulierung gefunden:

„Alles muss sich ändern, damit alles bleibt, wie es ist.“

Das ist ein Leitsatz für einen Konservatismus in gutem Sinne. Allerdings stellt er kein politisches Programm dar, sondern ist eine Paradoxie, mit der jeder auf seine Weise kreativ umgehen muss. So wie Martin Luther es vor 500 Jahren getan hat, als er seine Übersetzung des Neuen Testaments veröffentlichte. Er hatte sich in die ererbte Heilige Schrift versenkt, sie sich neu angeeignet, in die eigene Sprache übersetzt, und so, in einer epochal neuen Gestalt, vermittelt er sie an seine Mitmenschen. Denn Luther wusste, dass man die Bibel nur bewahren kann, indem man sie übersetzt. Wie man es heute Luther oder di Lampedusa nachmachen kann, dafür gibt es kein fertiges Rezept, kein konservatives Drehbuch. Das ist in die Verantwortung eines jeden einzelnen gelegt. Herkunftstreue braucht es dafür und Zukunftsneugier. Und man sollte dabei auf den Ton der eigenen Worte achten. Dabei können einige gute alte, konservative Tugenden nicht schaden, nämlich Höflichkeit, Gelassenheit und ein milder Humor.

* * *

Zum Autor:

Dr. theol. Johann Hinrich Claussen, seit Februar 2016 Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland, vorher Hauptpastor St. Nikolai Hamburg